

2016

Geschäftsbericht

Badische Rechtsschutzversicherung AG



Badische Rechtsschutzversicherung AG

/ Auf einen Blick

	2016	2015	2014	2013	2012
VERSICHERUNGSVERTRÄGE	169.531	169.307	170.308	170.576	169.698
GEBUCHTE BEITRÄGE (in Tsd. EUR)					
<i>brutto</i>	20.120	19.008	18.224	18.042	17.875
<i>f. e. R.</i>	14.084	13.307	12.756	12.631	12.514
GEMELDETE SCHÄDEN	28.018	28.064	28.890	28.927	28.544
AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE f. e. R. (in Tsd. EUR)	12.617	10.540	12.455	10.532	9.550
<i>in % der verdienten Beiträge f. e. R.</i>	91,2	80,7	98,3	83,7	77,1
AUFWENDUNGEN FÜR DEN VERSICHERUNGSBETRIEB f. e. R. (in Tsd. EUR)	1.515	1.367	1.371	1.407	1.320
<i>in % der gebuchten Beiträge f. e. R.</i>	10,8	10,3	10,8	11,1	10,6
COMBINED RATIO f. e. R. (in %)	102,2	91,2	109,1	94,9	87,8
JAHRESÜBERSCHUSS (in Tsd. EUR)	403	321	463	620	641
KAPITALANLAGEN (in Tsd. EUR)	46.369	42.698	40.658	39.639	38.775
LFD. DURCHSCHNITTSVERZINSUNG DER KAPITALANLAGEN (%)	2,2	2,5	2,7	3,0	3,0
VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN f. e. R. (in Tsd. EUR)	35.125	33.779	32.918	32.371	30.933
BILANZSUMME (in Tsd. EUR)	49.615	47.612	46.350	44.648	42.436
EIGENKAPITAL (in Tsd. EUR)	11.110	10.706	10.386	9.923	9.403
<i>in % der gebuchten Beiträge f. e. R.</i>	78,9	80,5	81,4	78,6	75,1

LAGEBERICHT

/ Allgemeine Angaben

Die Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft (BRV) wurde am 17. Juli 1996 als Tochterunternehmen des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe, mit Sitz in Karlsruhe gegründet. Die Aufnahme der Geschäftstätigkeit erfolgte zum 1. Januar 1997. Wir sind damit nun bereits 20 Jahre sehr erfolgreich am Markt tätig.

Wir bieten Rechtsschutz und Dienstleistung „Rund ums Recht“ für Privat- und Gewerbekunden in der Bundesrepublik Deutschland an. Auf der Grundlage der „Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)“ erstreckt sich unser Angebot auf alle dort aufgeführten Versicherungsarten.

Wir sind der Spezialist für die Versicherung von Städten und Gemeinden, Landkreisen, Zweckverbänden und sonstigen kommunalen Einrichtungen in Baden auf der Basis der Bedingungen für die Kommunal-Rechtsschutzversicherung für Kommunen.

Mit der Spezial-Straf-Rechtsschutzversicherung im kommunalen und gewerblichen Bereich wird unsere Angebotspalette abgerundet. Des Weiteren nutzen wir unser Know-how in der Schadenbearbeitung, indem wir auch als Schadenabwicklungsunternehmen tätig sind.

ANWENDUNG DRS 20

Der Deutsche Rechnungslegungs Standard Nr. 20 (DRS 20) wurde im vorliegenden Lagebericht weitgehend angewendet. Die bedeutsamsten Leistungsindikatoren bilden gemäß DRS 20 die Basis für die Beschreibung des Geschäftsverlaufs sowie die Prognose für das nächste Geschäftsjahr. Auf der Basis der Prognose wird im Bericht des folgenden Geschäftsjahres ein Vergleich der Prognose mit der tatsächlichen Geschäftsentwicklung für die bedeutsamsten Steuerungskennzahlen vorgenommen.

STEUERUNGSSYSTEM

Eine wertorientierte Steuerung unterstützt die Geschäftsleitung bei der Führung der Gesellschaft. Dabei wird mit Hilfe der Unternehmensziele, der Teilstrategien und der aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahresziele sichergestellt, dass die Geschäftsstrategie umgesetzt wird. Aus der dem Aufsichtsrat für das folgende Geschäftsjahr vorgelegten Unternehmensplanung werden quantitative und qualitative Unternehmensziele für das Management abgeleitet. In Ergänzung zur operativen Planung erstellen wir im laufenden Geschäftsjahr regelmäßig Hochrechnungen und führen zur unterjährigen Steuerung Geschäftsanalysen durch. Hier wird auf vierteljährlicher Basis verfolgt, wie sich wesentliche Unternehmenskennzahlen entwickeln. Bei sich abzeichnenden negativen Entwicklungen werden gegensteuernde Maßnahmen ergriffen.

BEDEUTSAMSTE LEISTUNGSINDIKATOREN

Für eine adäquate Steuerung wurden bedeutende finanzielle Leistungsindikatoren in Form von Umsatz-, Kosten-, Ertrags- und Ergebnisgrößen definiert. Zentrale finanzielle Leistungsindikatoren bilden dabei das Geschäftsergebnis vor Steuern sowie die Combined Ratio (netto) nach HGB. Daneben dient die Steuerung der Vertriebsleistung der nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft.

GESAMTWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Die Weltkonjunktur ist im Jahr 2016 nur leicht gewachsen. So konnten die Weltindustrieproduktion und der Welthandel im laufenden Jahr moderat zulegen, blieben aber im Vergleich zu den Vorjahren weiter zurück. Die Wachstumskräfte verlagerten sich dabei hin zu den Volkswirtschaften der USA und Japans. Die Produktion in den Schwellenländern hat sich einerseits stabilisiert (China) und andererseits stark verlangsamt (rohstoffexportierende Staaten). Die Finanzmärkte standen im vergangenen Jahr im Zeichen verschiedener Spannungsfelder. Die Inflationsraten blieben auf beiden Seiten des Atlantiks sehr niedrig. Insbesondere für den Euroraum bestanden nach wie vor Deflationsbefürchtungen. Seitens der Geldpolitik wurden die Märkte von der EZB auf weitere expansive geldpolitische Maßnahmen eingestimmt, während die US-Notenbank (FED) unterschiedliche Signale hinsichtlich der Zeitplanung von Leitzinsanhebungen gab.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung war in Deutschland im Jahre 2016 mit 1,9 % etwas stärker als im Jahr zuvor. Rückgrat der stabilen binnenwirtschaftlichen Konjunktur war der sich weiterhin robust zeigende Arbeitsmarkt. Zum Jahresende 2016 waren rund 43,5 Mio. Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Die Zahl der Erwerbstätigen lag um 0,5 % höher als im Vorjahr. Damit setzte sich der seit über 10 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit fort, wenn auch die Zunahme im Jahr 2016 geringfügig niedriger ausfiel als im Vorjahr. Insgesamt wird für die Zahl der Erwerbstätigen nunmehr der höchste Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Auch zum Jahresende lief es auf dem Arbeitsmarkt besser als für diese Jahreszeit üblich. Im Dezember stieg die registrierte Arbeitslosenzahl zwar um 36.000 auf 2,568 Millionen, und die Arbeitslosenquote legte auf 5,1 Prozent zu. Unter Berücksichtigung der jahreszeitlichen Schwankungen ging die Arbeitslosenzahl aber 17.000 um zurück. Die Tariflöhne haben im Jahr 2016 real (nach Abzug der Inflation) spürbar zugelegt. Die Verbraucherpreise sind im vergangenen Jahr lediglich um 0,5 Prozent gestiegen, die Tarifvergütungen dagegen um nominal 2,4 Prozent. Daraus ergibt sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein reales Wachstum der Tariflöhne und -gehälter um 1,9 Prozent.

/ Entwicklung in der Rechtsschutzversicherung

Bei den Vertragsstückzahlen verzeichnet die Branche ein Wachstum von rd. 0,4 %. Die Bruttobeitragseinnahmen sind auch aufgrund von Beitragsanpassungen um 5,8 % angestiegen.

Obwohl die Anzahl der gemeldeten Schäden nahezu gleich geblieben ist, sind die Schadenzahlungen nochmals um 2,5 % angestiegen. Dies ist nach wie vor auf die Gebührenerhöhungen aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz als auch auf eine zunehmend verbraucherfreundlichere Auslegung der Bedingungswerke durch die Rechtsprechung, insbesondere den BGH zurückzuführen.

Auf den Arbeits-Rechtsschutz entfällt mit 32,5 % immer noch der größte Anteil bei den Schadenzahlungen. Im allgemeinen Vertrags-Rechtsschutz war ein Anstieg auf 18,7 % zu verzeichnen.

/ Bericht über den Geschäftsverlauf 2016

Mit innovativen und bedarfsgerechten Versicherungsprodukten sowie einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis haben wir uns im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgreich dem Wettbewerb in der Rechtsschutzversicherung gestellt.

Die Anzahl der Verträge ist von 169.307 Stück auf 169.531 Stück gestiegen. Hier wirkt sich jedoch noch eine Vereinfachung der Produktstruktur aus, die insbesondere im Ersatzgeschäft bei einer gleichbleibenden Anzahl der Risiken zu einem Rückgang der Vertragsstückzahlen geführt hat.

Die Bruttobeiträge sind im Geschäftsjahr 2016 von 19.008 Tsd. EUR um 5,9 % auf 20.120 Tsd. EUR angestiegen. Ein starker Anstieg der Produktion, insbesondere in der Aussendienstorganisation als auch im Direktgeschäft sowie eine aufgrund der Beitragsanpassungsklausel durchgeführte Tarifierhöhung haben zu diesem sehr erfreulichen Ergebnis geführt.

Die Bruttoaufwendungen für Geschäftsjahresschäden haben sich im Berichtsjahr um 5,7 % auf 19.548 Tsd. EUR (i. V. 18.501 Tsd. EUR) erhöht.

In 2016 haben die Masseschäden „Widerrufsjoker“ und „VW-Abgasskandal“ zu einem zusätzlichen Aufwand geführt.

Trotz eines guten Abwicklungsergebnisses sind die gesamten Aufwendungen für Versicherungsfälle im Vergleich zum Vorjahr deutlich um 20,0 % angestiegen und erreichten ein Volumen von 17.145 Tsd. EUR nach 14.292 Tsd. EUR im Vorjahr.

Die Anzahl der gemeldeten Schäden sank im Vergleich zum Vorjahr geringfügig auf insgesamt 28.018 Stück (i. V. 28.064 Stück). Bedingt durch diesen Schadenverlauf ist die Brutto-Gesamtschadenquote auf 86,6 % (i. V. 76,4 %) gestiegen.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb, die im Wesentlichen die Aufwendungen für den Vertragsabschluss und für die Verwaltungstätigkeit darstellen, erhöhten sich im Berichtszeitraum um 232 Tsd. EUR auf 3.024 Tsd. EUR (i. V. 2.792 Tsd. EUR).

Die Nettokostenquote belief sich auf 11,0 % (i. V. 10,5 %). Die Netto-Combined-Ratio hat sich aufgrund der Schadenentwicklung von 91,2 % auf 102,2 % erhöht.

Das versicherungstechnische Nettoergebnis schloss im Geschäftsjahr 2016 mit einem Verlust von 284 Tsd. EUR, nach einem Gewinn von 1.168 Tsd. EUR im Vorjahr. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses aus der Schwankungsrückstellung ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust von 127 Tsd. EUR (i. V. 77 Tsd. EUR Verlust).

Unter Berücksichtigung des nichtversicherungstechnischen Ergebnisses von 701 Tsd. EUR (i. V. 468 Tsd. EUR) weisen wir ein positives Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit in Höhe von 574 Tsd. EUR (i. V. 391 Tsd. EUR) aus. Die Verbesserung des nichtversicherungstechnischen Ergebnisses war dabei maßgeblich auf ein hohes sonstiges Ergebnis aufgrund der Erhöhung des Diskontierungssatzes bei der Ermittlung der Pensionsrückstellung zurückzuführen.

Nach Abzug des Steueraufwands von 171 Tsd. EUR erzielten wir einen Jahresüberschuss von 403 Tsd. EUR (i. V. 321 Tsd. EUR).

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 398 Tsd. EUR sowie der Einstellung in andere Gewinnrücklagen in Höhe von 200 Tsd. EUR beläuft sich der Bilanzgewinn auf 601 Tsd. EUR (i. V. 598 Tsd. EUR).

KAPITALANLAGEN

Die Kapitalanlagen belaufen sich auf 46.369 Tsd. EUR (i. V. 42.698 Tsd. EUR). Das Ergebnis aus Kapitalanlagen beträgt 971 Tsd. EUR und liegt damit nur leicht unter dem Vorjahresniveau von 1.050 Tsd. EUR. Vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus am Kapitalmarkt sind wir mit der erreichten laufenden Durchschnittsverzinsung in Höhe von 2,2 % (i. V. 2,5 %) dennoch zufrieden. Die Nettoverzinsung betrug ebenfalls 2,2 % (i. V. 2,5 %).

Von den Kapitalanlagen in Höhe von 46.369 Tsd. EUR (i. V. 42.698 Tsd. EUR) entfallen auf Investmentanteile 51,1 % (i. V. 47,2 %), auf Inhaberschuldverschreibungen 5,3 % (i. V. 5,7 %), auf Namensschuldverschreibungen 5,4 % (i. V. 1,2 %), auf Schuldscheinforderungen und Darlehen 3,2 % (i. V. 8,2 %) und auf Einlagen bei Kreditinstituten 35,0 % (i. V. 37,7 %).

EIGENKAPITAL

Eine ausführliche Darstellung des Eigenkapitals erfolgt im Anhang.

Vergleich der Geschäftsentwicklung mit der Prognose

Vergleicht man die dargestellten Geschäftsergebnisse 2016 mit der Prognose aus dem Geschäftsbericht 2015, so konnte die dort getroffene Kernaussage zu den Bestandsbeiträgen deutlich positiver gestaltet werden. Die Bestandsbeiträge erhöhten sich um 6,4 %. In Bezug auf die Combined Ratio und das Geschäfts- als auch das Kapitalanlageergebnis haben sich die Erwartungen aus 2015 bestätigt.

/ Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und Ausblick

RISIKOBERICHT

Unter Risikomanagement verstehen wir die Gesamtheit aller organisatorischen Regelungen und Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und zum Umgang mit den Risiken, die aus unserem unternehmerischen Handeln resultieren. Risiko definieren wir als Gefahr, dass die Badische Rechtsschutzversicherung AG ihre gesetzten Ziele nicht erreichen bzw. ihre Strategien nicht erfolgreich umsetzen kann. Risikocontrolling ist Bestandteil des Risikomanagements und beinhaltet die Erfassung, Analyse, Bewertung und Kommunikation von Risiken sowie die Überwachung getroffener Maßnahmen zur Risikosteuerung.

ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES RISIKOMANAGEMENTS

Für unsere Gesellschaft ist die bewusste Steuerung und Überwachung von Risiken eine Kernaufgabe der Vorstände, aber auch die Aufgabe sämtlicher Fach- und Führungskräfte. Das Risikomanagementsystem mit seiner Frühwarnfunktion unterstützt sie dabei.

Unser Risikomanagement konzentriert sich auf solche Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage haben können. Es entspricht dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG: § 91 Abs. 2 AktG i. V. m. § 33 Abs. 2 VAG) und setzt die Anforderungen aus dem neuen europäischen Aufsichtsregime Solvency II in Verbindung mit § 26 und § 27 VAG vollständig um.

Durch eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Risikomanagements setzen wir die externen Vorgaben um und haben uns damit auch frühzeitig auf Solvency II vorbereitet. Solvency II ist derzeit eines der wichtigsten Themen im Bereich der Versicherungsaufsicht.

Unser Verständnis von Risikomanagement geht dabei über die Erfüllung gesetzlicher Vorschriften hinaus. Das Risikomanagement zielt darauf ab, unsere Finanzkraft zu sichern und die Entscheidungsträger bei der Unternehmenssteuerung zu unterstützen. Wir sehen Risikomanagement als elementaren Bestandteil der Unternehmenskultur an und möchten durch eine effiziente Risikoorganisation sowie adäquate Risikoinstrumente und -verfahren Mehrwert schaffen. Der strategische Rahmen für unser Risikomanagement und unsere risikopolitische Ausrichtung ist in der Risikostrategie verankert. Abgeleitet aus der übergeordneten Geschäftsstrategie beschreibt sie Art und Umfang der wesentlichen Risiken im Unternehmen. Sie definiert Ziele, Maßnahmen und Instrumente für den Umgang mit eingegangenen oder zukünftigen Risiken. Durch die organisatorische und prozessuale Verzahnung von Unternehmensplanung und Risikomanagement ist die Voraussetzung für eine zukunftsgerichtete und unternehmenssteuerungsrelevante Beurteilung der eigenen Risiken geschaffen. Mit Hilfe der Unternehmensziele, der Teilstrategien, der Bereichssteuerungsprofile und den aus dem Planungsprozess abgeleiteten operativen Jahreszielen wird sichergestellt, dass die Zielvorstellungen umgesetzt und damit die Chancen der Badischen Rechtsschutzversicherung AG wahrgenommen werden. Grundsätzlich wird dabei eine angemessene Balance zwischen der Wahrnehmung von Geschäftschancen und dem Eingehen von Risiken angestrebt, wobei die Sicherung des Unternehmensfortbestands stets im Vordergrund steht. Bestandsgefährdende oder unkalkulierbare Risiken werden nicht eingegangen.

Ergänzend zur Risikostrategie haben wir in der Leitlinie zum Risikomanagement Standards für dessen aufbau- und ablauforganisatorische Ausgestaltung festgelegt.

RISIKOMANAGEMENTPROZESS UND -ORGANISATION

Unser Risikomanagementsystem zeigt entsprechend den aktuellen Vorschriften sowohl zentrale als auch dezentrale Ausprägungen. Das dem Vorstand berichtspflichtige zentrale Risikomanagement ist für die Konzeption und die permanente Weiterentwicklung des unternehmensweiten Risikomanagementsystems sowie die bereichsübergreifende Steuerung der Risiken und Koordination des Risikomanagementprozesses verantwortlich.

Im Rahmen der festgelegten Risikostrategie und Risikomanagementleitlinie steuern die dezentralen Risikoverantwortlichen der Badischen Rechtsschutzversicherung AG und die Leiter der Fachbereiche der BGV-Versicherung AG, soweit sie ausgegliederte Funktionen für uns wahrnehmen, die Risiken eigenverantwortlich. Durch die personelle und organisatorische Trennung von risikoverantwortenden und risikouberwachenden Einheiten setzen wir das Prinzip der Funktionstrennung konsequent um. Der Risikomanagementprozess ist in den einzelnen Fachabteilungen und Funktionsbereichen als laufender Prozess angelegt. Er basiert auf der Risikostrategie und umfasst in einem iterativen Regelkreislauf die Hauptbestandteile Risikoidentifikation, Risikobewertung, Risikosteuerung, Risikoüberwachung sowie Risikoberichterstattung.

Im Rahmen der Risikoidentifikation erfassen, aktualisieren und dokumentieren wir eingegangene oder potenzielle Risiken regelmäßig. Die erkannten Risiken werden anhand von Eintrittswahrscheinlichkeiten und möglichen negativen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hinsichtlich ihrer Wesentlichkeit beurteilt. Hierzu gehört auch die Einschätzung, ob Einzelrisiken, die isoliert betrachtet von nachrangiger Bedeutung sind, in ihrem Zusammenwirken oder durch Kumulation im Zeitverlauf wesentlichen Charakter annehmen können. Mit Hilfe regelmäßig stattfindender Kennzahlenanalysen und Risikobefragungen sämtlicher Fachbereiche erfolgt eine Verdichtung der Einzelrisiken zu Risikokategorien und danach zu einer Bewertung der Gesamtrisikosituation im Rahmen der Risikoberichterstattung.

Die Risikosteuerung und -überwachung wird mit Hilfe eines Risikotragfähigkeitskonzeptes und Limitsystems unterstützt. Limite werden für alle mit dem Standardansatz quantifizierten Risiken vergeben, deren Einhaltung sowie die ausreichende Bedeckung mit Eigenmitteln wird regelmäßig überwacht und dem Vorstand berichtet.

Die Risikoanalyse bestätigte, dass die sich für den Versicherungsbetrieb ergebenden Risiken durch das Risikomanagementsystem wirksam kontrolliert und gesteuert werden können.

Die Risikosituation der Badischen Rechtsschutzversicherung AG stellt sich zum Ende des Jahres 2016 wie folgt dar:

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RISIKEN

Die versicherungstechnischen Risiken setzen sich zusammen aus:

- dem Prämien-/Schadenrisiko, d. h. dem Risiko, dass die kalkulierten Tarife sich als unauskömmlich herausstellen könnten, wodurch der Risikoausgleich im Kollektiv scheitert. Dies wäre dann der Fall, wenn die Schadenzahlungen höher sind als ursprünglich zu erwarten war oder Irrtümer bei der Schätzung der Schadenhäufigkeit oder -höhe auftreten, ohne dass eine rechtzeitige Anpassung der Beiträge und Versicherungsbedingungen möglich ist (Zufalls-, Änderungs- und Irrtumsrisiko);
- dem Reserverisiko, d. h. dem Risiko, dass die zu leistenden Schadenzahlungen höher sein könnten als die zum Zeitpunkt der Schadenmeldung erwarteten und dafür zurückgestellten Beiträge. Als Folge einer solchen Entwicklung könnten Abwicklungsverluste entstehen.

Diese Risiken wurden auch im Jahr 2016 fachgerecht bewertet und durch unterschiedliche Risikovorsorgemaßnahmen begrenzt. Unter anderem trugen bedingungsgemäße Risikobegrenzungen, Annahmerichtlinien, eine vorsichtige Tarifierungspolitik sowie angemessene Schadenrückstellungen dazu bei, diese Risiken transparent und kalkulierbar zu machen. Darüber hinaus wurde über die Bestimmung der Marktwerrückstellungen die Reservesituation aktuariell überprüft. In 2016 ergab sich hierdurch kein Bedarf einer Änderung des Reservierungsverhaltens. Ein permanentes Schadencontrolling zeigt zudem frühzeitig negative Entwicklungen auf.

Durch einen Rückversicherungsvertrag mit dem Konzernunternehmen BGV-Versicherung AG wird das versicherungstechnische Risiko zusätzlich reduziert.

Im Bereich der versicherungstechnischen Risiken wird unter anderem die langfristige Entwicklung der Nettoschaden- und Nettoabwicklungsquoten beobachtet. Die Gesamtschadenquoten und Abwicklungsergebnisse entwickelten sich in den letzten Jahren wie folgt:

	<i>Netto-Gesamt- schadenquoten in %</i>	<i>Netto-Abwicklungs- ergebnis in % der Eingangsschaden- rückstellung</i>
2016	91,2	6,9
2015	80,7	11,4
2014	98,3	8,0
2013	83,7	12,1
2012	77,1	9,1
2011	89,1	5,5
2010	88,6	7,3
2009	89,7	8,5
2008	79,8	11,2
2007	88,1	7,0

RISIKEN AUS DEM AUSFALL VON FORDERUNGEN AUS DEM VERSICHERUNGSGESCHÄFT

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 bestanden Forderungen an Versicherungsnehmer in Höhe von 131,3 Tsd. EUR. Im Verhältnis zu den gebuchten Brutto-Beiträgen beträgt die Außenstandsquote 0,7 % und liegt damit deutlich unter der Quote, die in der Vergangenheit in der Gesamtbranche beobachtet wurde.

Die ausstehenden Forderungen, deren Fälligkeit am Bilanzstichtag 31. Dezember 2016 mehr als 90 Tage zurückliegt, betragen 16 Tsd. EUR.

Begrenzt wird das Risiko durch eine regelmäßige Überwachung der Außenstände und ein systematisches Mahnverfahren.

Die durchschnittliche Ausfallquote der Forderungen gegen Versicherungsnehmer lag im Zeitraum von 2014 bis 2016 nahezu bei 0 %. Bei den restlichen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen an die BGV-Versicherung AG aus dem Rückversicherungsgeschäft, die in der Zwischenzeit bereits ausgeglichen worden sind.

RISIKEN AUS KAPITALANLAGEN

Die Kapitalanlagen sind mehreren Risiken ausgesetzt, auf die im Folgenden eingegangen wird. Die entsprechenden Maßnahmen zur Risikoreduktion bestehen in der Festlegung von Anlagerichtlinien, einer Limitsystematik, der Konzentration auf bonitätsstarke Emittenten sowie einer angemessenen Mischung und Streuung der Assets.

MARKTPREISRISIKO

Unter dem Marktpreisrisiko wird das Risiko einer negativen Wertveränderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren wie beispielsweise Zinsen, Immobilienpreise, Aktien- und Währungskurse verstanden. Das Marktpreisrisiko setzt sich daher aus den Risikoarten Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Fremdwährungs-, Immobilien- und Beteiligungsrisiko zusammen.

Währungsrisiken sind für uns aufgrund der breiten Streuung und des geringen Anteils der Fremdwährungsanlagen am Gesamtbestand der Kapitalanlagen von untergeordneter Bedeutung.

Immobilien- und Beteiligungsrisiken bestehen keine.

Auswirkungen auf den Marktwert unserer Kapitalanlagen werden mit Hilfe regelmäßiger Szenario- und Stresstestanalysen und anhand unseres Limitsystems überprüft. Ein Zinsanstieg kann neben Kursverlusten auch zu Abschreibungen auf den Wertpapierbestand führen. Dieses Risiko ist bei uns begrenzt, da der größte Teil der festverzinslichen Wertpapiere aus Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen besteht und die Bilanzierung demzufolge zum Nennwert beziehungsweise zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt. Ferner wird durch die generelle Buy-and-hold-Strategie eine Realisierung von Kursverlusten vermieden.

Strukturierte Zinsprodukte, Asset Backed Securities und Credit Linked Notes werden unserem Portfolio nicht beigemischt. Derivative Finanzinstrumente setzen wir ausschließlich zu Absicherungszwecken in Fonds ein.

Zur Beurteilung und Überwachung der Marktrisiken führen wir für unsere Aktien und festverzinslichen Anlagen regelmäßig Simulationen durch, die uns die Wertveränderung unseres Portefeuilles in Abhängigkeit zu Marktschwankungen aufzeigen.

Der Marktwert unserer Kapitalanlagen würde sich gegenüber dem Jahresende 2016 um die nachstehend angegebenen Werte verändern, wenn sich die Preise für Aktien und die Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere im angeführten Maß nach oben oder unten bewegten.

AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 10 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES ANSTIEG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-613.128	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-1.126.611
AKTIENMARKTVERÄNDERUNG RÜCKGANG UM 35 %:		RENDITEVERÄNDERUNG DES RENTENMARKTES RÜCKGANG UM 100 BASISPUNKTE:	
Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	-2.145.948	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen in EUR	+1.225.362

AUSFALLRISIKO AUS KAPITALANLAGEN

Dieses Risiko, das auch als Kreditrisiko bezeichnet wird, bedeutet bei schlechter Bonität eines Engagements oder Schuldners (Emittenten) die Gefahr des vollständigen oder teilweisen Ausfalls von Zins und Tilgung.

Die anhaltende Staatsschuldenkrise, deren mögliche Konsequenzen für das europäische Finanzsystem und die aktuellen politischen Entwicklungen bestimmen die öffentliche Diskussion in der Versicherungsbranche. Aufgrund unserer konservativen Kapitalanlagepolitik sind keine wesentlichen unmittelbaren Folgen für die Badische Rechtsschutzversicherung AG zu erwarten. Dennoch birgt die Staatsschulden- bzw. Eurokrise schwer abschätzbare mittelbare Risiken für den Euro-Raum, sowohl bezüglich des Euros als auch bezüglich der Bonität der Schuldner und wird deshalb im Rahmen des Risikomanagementprozesses aufmerksam beobachtet. Eine indirekte Folge der Bekämpfung der Staatsschuldenkrise stellt das niedrige Zinsniveau dar, das zu niedrigeren Wiederanlagezinssätzen bei der Badischen Rechtsschutzversicherung AG führt. Durch dieses künstlich tiefliegende Zinsniveau erwarten wir, dass das Kapitalanlageergebnis im Vergleich zu früheren Jahren weiterhin gering ausfallen wird.

Ein wesentlicher Teil der festverzinslichen Wertpapiere in unserem Bestand sind Emissionen, die von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland oder von Banken in Form von (öffentlichen) Pfandbriefen mit gutem Rating ausgegeben wurden. Diese Emissionen lauten ausschließlich auf Euro.

Anlagen bei Kreditinstituten in Form von Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen sowie Tages- und Festgeldanlagen werden nur bei geeigneten Kreditinstituten im Rahmen der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vorgenommen. Zusätzlich muss das Kreditinstitut an einem Einlagensicherungssystem mitwirken. Die Rentenengagements werden grundsätzlich im Investment Grade-Bereich investiert und weisen daher eine gute Bonität auf. Der Anlageausschuss kann in Form von Ausnahmen und unter Einbindung des Risikomanagements auch Rentenengagements in der Ratingkategorie Non-Investment Grade beschließen. Renteninvestitionen ohne Rating erfolgen im Rahmen speziell ausgesuchter Adressen mit guter Bonitätseinschätzung, die durch die Zugehörigkeit zum Einlagensicherungsfonds ein stark begrenztes Ausfallrisiko aufweisen.

Damit ergibt sich folgende prozentuale Aufteilung der Anlagen auf Marktwertbasis:

Investment Grade (Ratingkategorien AAA – BBB-)	93,4 %
Non-Investment Grade (Ratingkategorien BB – B)	4,3 %
ohne Rating (non rated)	2,3 %

LIQUIDITÄTSRISIKO

Als Liquiditätsrisiko wird das Risiko bezeichnet, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht erfüllen zu können.

Diesem Risiko begegnen wir mittels einer Liquiditätsplanung. Für das jeweilige Geschäftsjahr wird dabei eine Prognose der Zahlungsströme erstellt, die regelmäßig an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst wird. Darüber hinaus berücksichtigt die Vermögensverwaltung generell die Marktgängigkeit einzelner Anlagen.

Die Badische Rechtsschutzversicherung AG kann auf die ungeplante Veräußerung von Renten vor ihrer Endfälligkeit zum Zweck der Liquiditätsbeschaffung verzichten. Durch unsere Liquiditätsplanung und -steuerung wird die notwendige Liquidität zur Bedienung aller Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft und sonstigen Verpflichtungen sichergestellt.

OPERATIONELLE RISIKEN UND SONSTIGE RISIKEN

Die operationellen Risiken bestehen aus

- den betrieblichen Risiken, d. h. Risiken, die durch menschliches oder technisches Versagen bzw. durch externe Einflussfaktoren entstehen können, und
- rechtlichen Risiken, d. h. Risiken, die aus vertraglichen Vereinbarungen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren.

Durch ein ausgeprägtes Internes Kontrollsystem, das Arbeitsanweisungen, Plausibilitäts- und Abstimmungsprüfungen, die organisatorische Trennung von Funktionen sowie umfangreiche Kontrollen beinhaltet, wird sichergestellt, dass mögliche Risiken im Rahmen der operationellen Tätigkeiten unserer Funktionseinheiten vermieden bzw. auf ein akzeptables Maß reduziert werden. Insbesondere wird durch regelmäßige und effektive Kontrollen die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems überprüft und dokumentiert. Die ständige Verbesserung dieser Sicherheitsmaßnahmen ist unser Ziel. Die Funktionen des IT-Sicherheitsbeauftragten, Compliancebeauftragten, Datenschutzbeauftragten, Brandschutzbeauftragten und Notfallbeauftragten stellen durch die Kontrolle und Überwachung der Einhaltung der jeweiligen Vorgaben ein wirksames Internes Kontrollsystem in diesen Bereichen sicher.

Neben der Verfeinerung der technischen Kontrollen im Schadenzahlungsbereich werden vor allem im Bereich der Informationsverarbeitung durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Versicherungsunternehmen kontinuierlich Anstrengungen unternommen, die Datensicherheit und Vertraulichkeit elektronisch gespeicherter und übertragener Informationen über deren gesamten Lebenszyklus weiter zu verbessern. Der Informationssicherheit wird große Bedeutung beigemessen. Daher existieren im Bereich der Datenverarbeitung umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen, die die Sicherheit der Programme und Daten gewährleisten. Für den Schutz des internen Netzwerks werden ständig angepasste Firewalls und Antivirenprogramme eingesetzt.

Ergänzt werden diese Maßnahmen durch regelmäßige Datensicherungen, die im Bedarfsfall eine rasche Wiederherstellung von Daten ermöglichen. Mit Hilfe der implementierten IT-Notfallplanung und der laufenden Weiterentwicklung der IT-Prozesse wird das IT-Sicherheitsmanagement weiter ausgebaut und den Entwicklungen angepasst.

Rechtliche Risiken und Risiken aus Geschäftsprozessen existieren prinzipiell auch bei uns, besondere existenzgefährdende Sachverhalte haben sich nicht konkretisiert.

Von der Internen Revision werden alle Unternehmensbereiche regelmäßig dahingehend überprüft, ob sie bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten die dafür gültigen gesetzlichen Regelungen und die bestehenden unternehmensinternen Anweisungen einhalten. Neben der laufenden Prüfung des Betriebs- und Schadenbereichs werden die Effektivität und Effizienz des Risikomanagementsystems regelmäßig überprüft. Ferner wird der Kapitalanlagebereich einer umfassenden Prüfung entsprechend der aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterzogen.

ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER RISIKOLAGE

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass auch im Geschäftsjahr 2016 keine Entwicklungen erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen könnten.

Die Badische Rechtsschutzversicherung AG erfüllt die neuen Solvabilitätsanforderungen nach Solvency II. Dabei übersteigt die aufsichtsrechtliche Solvabilitätsquote der Badischen Rechtsschutzversicherung AG die strategisch festgelegte Mindestbedeckung von 110 % und entspricht damit den gesetzlichen Anforderungen. Bei der Berechnung der Eigenmittelausstattung werden sowohl die Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen als auch die vorhandenen Reserven der Passiva berücksichtigt. Dies ergibt eine insgesamt gute Risikosituation unserer Gesellschaft.

ERKLÄRUNG GEMÄSS § 312 AKTG

Der gemäß § 312 AktG zu erstattende Abhängigkeitsbericht über die Beziehungen der Gesellschaft zu verbundenen Unternehmen ist fristgerecht vorgelegt worden; er schließt mit folgender Erklärung:

„Unsere Gesellschaft hat bei den im Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zum Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen auf Veranlassung oder im Interesse von verbundenen Unternehmen lagen nicht vor.“

AUSBLICK UND CHANCEN

Die Aussichten bezüglich des gesamtwirtschaftlichen Umfeldes und deren Auswirkungen auf die Rechtsschutzversicherung sind derzeit nicht abzusehen. Angesichts der wirtschaftlichen (anhaltende Niedrigzinsphase) und politischen (Brexit, Abschottungstendenzen in USA, bevorstehende Wahlen in Frankreich und Niederlande) Ereignisse lässt sich deren Einfluss auf den Binnenmarkt nicht sicher vorhersagen. Die derzeitigen Prognosen für das Wirtschaftswachstum in 2017 gehen von einem Wachstum zwischen 1,1 % und 1,5 % aus. Stütze dieses Wachstums soll die Inlandsnachfrage sein. Dieses Wachstum wird sich im Rechtsschutzmarkt nicht in gleichem Maße zeigen. Die Marktdurchdringung (Anzahl der versicherten Haushalte) wird auch im Jahr 2017 nicht signifikant ansteigen. Der verschärfte Wettbewerb um den Kunden wird sich daher im Jahr 2017 weiter fortsetzen. Erweiterte Leistungsinhalte, Assistance-Leistungen und vor allem ein weiter anhaltender Preiswettbewerb werden dabei eine wesentliche Rolle spielen. Die Kostensteigerungen des 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes konnten durch Beitragsanpassungen nahezu ausgeglichen werden. Im Schadenbereich wird sich der Schadenaufwand auf dem derzeitigen hohen Niveau stabilisieren.

Im Jahr 2017 konzentrieren wir uns weiterhin auf das Angebot bedarfsgerechter Versicherungsprodukte mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis, um unsere Chancen am Markt wahrzunehmen. Im Privatgeschäft bieten wir nicht nur die Deckung eines Grundbedarfs durch unser Basisprodukt „*proSB*“, sondern fokussieren uns auf Angebote für den gehobenen Kundenbedarf mit unserem Exklusivprodukt „*proComfort*“, mit dem wir zuletzt bei einem unabhängigen Test „hervorragend“ bewertet wurden. Mit unserem neuesten Produkt 58plus Rechtsschutz Exklusiv bieten wir Kunden in dieser Lebensphase hochwertigen und modernen Versicherungsschutz an, das den unterschiedlichen Lebenskonzepten von älteren Menschen gerecht wird.

Im Firmen- und Gewerbegebiet konzentrieren wir uns im Wesentlichen auf kleine und mittelständische Betriebe wie z.B. das Handwerk, insbesondere in der badischen Region.

Ein guter Schadenverlauf des Versicherungsvertrags wird bei unseren Produkten durch die Rückstufung des Selbstbehalts belohnt. Dies führt bereits nach drei Jahren ohne Schadenzahlung zum Wegfall des Selbstbehalts. Wir wollen auch zukünftig unsere Kunden noch besser in unser Anwaltsnetz steuern, um so unsere Kosten bei gleichbleibend hoher Qualität der anwaltlichen Leistung zu senken. Zur Festigung und zum Ausbau unserer guten Marktposition verbessern und straffen wir ständig unsere Geschäftsprozesse sowohl in der Vertragsverwaltung als auch in der Schadenbearbeitung. Für die Anwälte unserer Kunden ist eine digitale, schnelle und sichere Schadenkorrespondenz über das Anwaltsportal „DrebiS“ möglich. Der telefonische Erstkontakt mit unseren Kunden ist uns sehr wichtig. Die kundenorientierte Steuerung im Schadenfall wurde durch ein Direktrouting über unser Sprachportal verbessert und beschleunigt. Wir verzeichnen dadurch eine noch positivere Resonanz unserer Kunden. Unser Ziel ist eine optimale Betreuung und schnelle Hilfe im Schadenfall. Unsere BGV-App unterstützt dies mit vielen digitalen Assistance-Leistungen. Beispielhaft können unsere Kunden im Schadenfall sowohl telefonisch als auch online direkt unsere Services via Smartphone in Anspruch nehmen. Damit nehmen wir schon jetzt die Herausforderungen des digitalen Erwartungshorizonts unserer Kunden an.

Ebenso gehört die Möglichkeit einer telefonischen oder digitalen (online) fundierten rechtlichen Beratung zum Standard unseres Angebots. Damit bieten wir schnelle und konkrete Lösungen bei rechtlichen Problemen über alle Rechtsgebiete.

Selbstverständlich bieten wir auch konsensuale Lösungen von Rechtsstreitigkeiten an. Vielfältige Variationen der Mediation unterstützen unsere Kunden, um eine nachhaltige Befriedung ihrer Konflikte zu erreichen.

Diese Assistance-Leistungen, die zur wesentlichen Grundausstattung unserer Produktpalette gehören, sind für uns ein wichtiges Instrument zur Kundenbindung und zur Steigerung unserer Servicequalität und werden von unseren Kunden gerne angenommen.

Im Firmengeschäft setzen wir auf zusätzliche Service-Leistungen wie das Forderungsmanagement und Bonitätsauskünfte und haben die Produktqualität hinsichtlich des privaten Bereichs der Firmenkunden deutlich erhöht.

Wir nutzen unsere Marktchancen in unserem Kernmarkt Baden, aber auch durch Kooperationen als auch über den Direktkanal in ganz Deutschland. Produkt- und Serviceinnovationen sowie ein umfassender Vertriebswege-Mix sollen beim Erreichen der Wachstums- und Ertragsziele sowie der Erschließung neuer Kundenpotenziale helfen. Wir streben ein stetiges und ertragreiches Wachstum an. Dies bedeutet für uns eine hohe Veränderungs- und Investitionsbereitschaft, das Beschreiten neuer Wege insbesondere hinsichtlich der Herausforderungen durch die Digitalisierung, sowie der Entwicklung entsprechender Produkte. Die Bearbeitung neuer Markt- und Kundensegmente sowie die Betreuung und Pflege neuer Partnerschaften steht in unserem Fokus. Die sich daraus bietenden Chancen wägen wir mit möglichen Risiken, die es frühzeitig zu identifizieren, zu messen und zu steuern gilt, ab.

Ein Neue-Produkte-Prozess stellt die notwendige Transparenz und systematische Vorgehensweise bei derartigen Veränderungsprozessen sicher. Aus Sicht des Risikomanagements wird dabei ein besonderes Augenmerk auf die Herstellung der Transparenz von Chancen und Risiken gelegt, das heißt auf die Bestimmung des möglichen Ertrags- und Risikogehalts aus der Neuerung. Die Auswirkungen werden mittels einer Chancen-/ Risikoanalyse vorab überprüft und bewertet. Die Chancen-/ Risikoanalyse umfasst die tangierten Schnittstellen und alle Bereiche im Unternehmen, auf die das neue Produkt / Geschäftsfeld potenziell Einfluss haben könnte. Alle erkannten Risiken werden in das Risikoinventar übernommen und entsprechend den vorgesehenen Regeln beschrieben und beurteilt.

Wir verfolgen eine konservative Kapitalmarktstrategie ohne uns gegenüber neuen Entwicklungen am Kapitalmarkt grundsätzlich zu verschließen. Wir sehen leider keine Indizien für eine positive Veränderung der derzeitigen Niedrigzinsphase und erwarten daher für das Geschäftsjahr 2017 ein weiter rückläufiges Kapitalanlageergebnis.

Für das Geschäftsjahr 2017 erwarten wir einen steigenden Bestandsbeitrag, eine Netto-Combined Ratio unter 100 % und ein positives Geschäftsergebnis, welches im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 etwas niedriger ausfallen wird.

DANK AN MITARBEITER UND GESCHÄFTSPARTNER

Unseren Geschäftspartnern und Kunden danken wir herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir sehr für ihr Engagement und die Loyalität zu unserer Gesellschaft. Sie haben erneut mit großem und überdurchschnittlichen Einsatz und guten Fachkenntnissen hervorragende Arbeit geleistet.

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

/ Aktiva

	2016			2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. KAPITALANLAGEN				
<i>Sonstige Kapitalanlagen</i>				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		23.689.041,16		20.168.047
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		2.430.225,00		2.430.225
3. Sonstige Ausleihungen		4.000.000,00		4.000.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>16.249.386,11</u>		16.100.000
			46.368.652,27	42.698.272
B. FORDERUNGEN				
<i>I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:</i>				
1. Versicherungsnehmer	131.291,08			115.685
2. Versicherungsvermittler	<u>778,14</u>			11.826
		132.069,22		127.511
<i>II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft</i>		228.888,94		394.302
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen: 228.888,94 EUR (i. V. 394.302 EUR)</i>				
<i>III. Sonstige Forderungen</i>		626.727,08		747.744
<i>davon Forderungen an verbundene Unternehmen: 0,00 EUR (i. V. 267.321 EUR)</i>				
			987.685,24	1.269.557
C. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE				
<i>I. Sachanlagen und Vorräte</i>		1.132,00		1.324
<i>II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand</i>		<u>460.803,92</u>		1.621.921
			461.935,92	1.623.245
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
<i>I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten</i>		184.065,82		252.770
<i>II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten</i>		<u>4.866,39</u>		6.821
			188.932,21	259.591
E. AKTIVE LATENTE STEUERN			<u>1.607.821,90</u>	1.761.550
		SUMME DER AKTIVA	49.615.027,54	47.612.215

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2016

/ Passiva

	EUR	2016 EUR	EUR	2015 EUR
A. EIGENKAPITAL				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital		3.500.000,00		3.500.000
II. Kapitalrücklage		430.492,34		430.493
davon Rücklage gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 5 VAG: 225.975,59 EUR (i. V. 225.976 EUR)				
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage	145.483,25			145.483
2. andere Gewinnrücklagen	6.432.909,24	6.578.392,49		6.032.909
IV. Bilanzgewinn		600.645,00		597.545
			11.109.529,83	10.706.430
B. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	4.765.794,00			4.440.338
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.099.111,00			1.024.053
		3.666.683,00		3.416.285
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	37.930.541,00			36.219.062
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	10.547.222,00			10.087.358
		27.383.319,00		26.131.704
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		4.066.972,00		4.223.054
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		8.300,00		8.000
			35.125.274,00	33.779.043
C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		2.116.125,00		1.989.010
II. Sonstige Rückstellungen		93.100,00		73.200
			2.209.225,00	2.062.210
D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	838.836,32			835.476
2. Versicherungsvermittlern	9.143,95			18
		847.980,27		835.494
II. Sonstige Verbindlichkeiten		323.018,44		229.038
davon:				
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen: 89.530,00 EUR (i. V. 3.775 EUR)				
aus Steuern: 211.199,78 EUR (i. V. 192.333 EUR)				
			1.170.998,71	1.064.532
			49.615.027,54	47.612.215
		SUMME DER PASSIVA		

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2016 BIS 31. DEZEMBER 2016

/ Posten

	2016			2015
	EUR	EUR	EUR	EUR
I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	20.120.141,64			19.008.039
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>6.036.048,62</u>			5.701.308
		14.084.093,02		13.306.731
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-325.456,00			-298.656
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>75.058,00</u>			49.928
		<u>-250.398,00</u>		-248.728
			13.833.695,02	13.058.003
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			15.091,09	15.662
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	15.433.091,30			15.194.707
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>4.067.877,96</u>			4.023.967
		11.365.213,34		11.170.740
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	1.711.479,00			-902.224
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>459.864,00</u>			-271.724
		<u>1.251.615,00</u>		-630.500
			12.616.828,34	10.540.240
4. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-300,00	1.200
5. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		3.024.350,50		2.792.113
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>1.509.012,16</u>		1.425.327
			<u>1.515.338,34</u>	1.366.786
6. Zwischensumme			-283.680,57	1.167.839
7. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			<u>156.082,00</u>	-1.244.457
8. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-127.598,57	-76.618

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2016 BIS 31. DEZEMBER 2016

/ Posten

	2016		2015
	EUR	EUR	EUR
II. NICHTVERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG			
1. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.070.969,31		1.141.966
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>		13.800
		1.070.969,31	1.155.766
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	100.325,94		90.503
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>0,00</u>		15.150
		<u>100.325,94</u>	105.653
			970.643,37
3. Sonstige Erträge		193.609,27	203.352
4. Sonstige Aufwendungen		<u>462.970,67</u>	785.987
			<u>-269.361,40</u>
5. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			<u>701.281,97</u>
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			573.683,40
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		169.443,56	69.084
8. Sonstige Steuern		<u>1.139,84</u>	1.176
			<u>170.583,40</u>
9. Jahresüberschuss			403.100,00
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			<u>397.545,00</u>
			800.645,00
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			<u>200.000,00</u>
12. Bilanzgewinn			<u>600.645,00</u>
			<u>597.545</u>

/ Aufsichtsrat

Jürgen Bäuerle

Landrat des Landkreises Rastatt

Vorsitzender

Ira Sattler

Bürgermeisterin der Gemeinde Jestetten

Stellvertretende Vorsitzende

Wolfgang Gerstner

Oberbürgermeister a.D. der Stadt Baden-Baden

Michael Kessler

Bürgermeister der Gemeinde Heddesheim

Heinz Ohnmacht

Geschäftsleitender Direktor des Badischen

Gemeinde-Versicherungs-Verbandes, Karlsruhe

Ernst Schilling

Bürgermeister der Stadt Herbolzheim

/ Vorstand

Roland Fahrner

Direktor

Thomas Kollöffel

Direktor

/ Aufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht,
Bereich Versicherungen, Bonn und Frankfurt am Main

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen sowie dem Versicherungsaufsichtsgesetz aufgestellt.

Die im amtlichen Formblatt vorgesehenen, aber nicht belegten Posten werden nicht aufgeführt.

AKTIVA

Die Bewertung der dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile an Investmentfonds erfolgte zu Anschaffungskosten vermindert um Abschreibungen gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip. Die Zeitwerte der dem Anlagevermögen zugeordneten Anteile an Investmentfonds betragen 25.916 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 23.689 Tsd. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 2.248 Tsd. EUR sowie stille Lasten in Höhe von 21 Tsd. EUR. Die stillen Lasten resultieren aus der Differenz der Buchwerte in Höhe von 999 Tsd. EUR zu den Zeitwerten in Höhe von 978 Tsd. EUR bei Rentenfonds. Die Zeitwertermittlung erfolgte anhand der Rücknahmepreise. Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gemäß § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen sind sowohl dem Anlagevermögen als auch dem Umlaufvermögen zugeordnet. Erstgenannte wurden zu Anschaffungskosten gemäß § 341b Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bilanziert. Letztgenannte werden zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach dem strengen Niederstwertprinzip gem. § 341 Abs. 2 HGB i. V. m. § 253 Abs. 4 HGB. Sind die Gründe für eine ehemals durchgeführte Abschreibung entfallen, wird gem. § 253 Abs. 5 HGB eine Zuschreibung bis maximal auf den fortgeführten Anschaffungswert vorgenommen. Abschreibungen bei Inhaberschuldverschreibungen wurden weder im Anlagevermögen, da dabei nicht von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist, noch im Umlaufvermögen, da sich hier kein niedrigerer Wert am Abschlussstichtag ergibt, vorgenommen. Die Zeitwerte der dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen betragen 1.045 Tsd. EUR; bei einem Buchwert von 986 Tsd. EUR bestehen stille Reserven in Höhe von 59 Tsd. EUR. Die Zeitwertermittlung erfolgte anhand der Börsenkurse.

Namensschuldverschreibungen und Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert angesetzt. Schuldscheinforderungen und Darlehen werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Die Ermittlung der Zeitwerte erfolgt je Papier unter Zugrundelegung von Zinsstrukturkurven. Im kurzen Laufzeitbereich werden Euriborwerte, für Laufzeiten über einem Jahr Midswapsätze verwendet. Das Emittentenrisiko wird durch einen Spread berücksichtigt.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer sind zum Nennwert bilanziert worden; wegen des allgemeinen Ausfallrisikos wurden Wertberichtigungen in angemessener Höhe abgesetzt.

Andere Forderungen und laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden jeweils mit dem Nennwert bzw. mit dem Barwert bilanziert. Die Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit den Nominalwerten angesetzt.

Der Posten Aktive latente Steuern gem. § 274 Abs. 1 HGB resultiert aus zeitlich begrenzten Unterschiedsbeträgen zwischen Handels- und Steuerbilanz. Auf die Unterschiedsbeträge wurden Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer gerechnet.

PASSIVA

Die Beitragsüberträge wurden im Geschäftsjahr nach der 1/12-Methode auf der Grundlage der Bestandsbeiträge ermittelt. Für die Ermittlung der nicht übertragungsfähigen Einnahmeanteile wird das Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 30. April 1974 zugrunde gelegt, laut dessen in der Schaden- und Unfallversicherung 85 % der Provisionen und Vertreterbezüge sowie Teile der Direktionspersonalkosten nicht übertragen werden können. Die Anteile des Rückversicherers an den Beitragsüberträgen wurden entsprechend der Abrechnung mit dem Rückversicherer angesetzt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde je Einzelschaden ermittelt. Außerdem wurde für noch nicht bekannte Ereignisse eine Spätschadenrückstellung unter Anwendung des Chain-Ladder-Verfahrens gebildet. Die Rückstellung für Schadenregulierungskosten wurde unter Berücksichtigung des koordinierten Ländererlasses vom 2. Februar 1973 errechnet. Forderungen aus Regressen und Teilungsabkommen sind je Einzelfall ermittelt und von den Rückstellungen abgesetzt. Die Anteile des Rückversicherers an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden entsprechend des bestehenden Rückversicherungsvertrags angesetzt.

Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen wurden entsprechend § 341h HGB, § 29 RechVersV und der Anlage zu § 29 RechVersV ermittelt.

Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen, die auf der Grundlage eines entsprechenden mathematischen Modells auf der Basis von Vergangenheitswerten berechnet wurde.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden basierend auf den biometrischen Grundwerten (Wahrscheinlichkeiten für Todes- und Invaliditätsfälle) nach Klaus Heubeck (Richttafeln RT 2005 G) berechnet. Die Bewertung nach BilMoG hat auf Basis realistischer Annahmen zu erfolgen. Künftige Gehaltserhöhungen und künftige Rentenanpassungen sowie Annahmen über Kündigungsraten sind in die Berechnungen gemäß BilMoG einzubeziehen. Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte nach dem international anerkannten Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode). Die Abzinsung erfolgte unter Annahme einer Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Der Rechnungszins beruht auf dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre. Der für die Vergleichsrechnung herangezogene durchschnittliche Marktzins der vergangenen sieben Jahre beträgt 3,24 %. Der sich hieraus ergebende Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf 358,3 Tsd. EUR und unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Als Bewertungsgrundlagen wurden folgende Parameter angesetzt:

Pensionsalter	63 Jahre
Gehaltsdynamik	2,20 % p.a.
Rentendynamik	1,60 % p.a.
Zinssatz¹⁾	4,01 % p.a.
Fluktuation	0,00 % p.a.

¹⁾ gem. Deutsche Bundesbank vom 30.11.2016, fortgeschrieben auf den 31.12.2016

Die Zinszuführung zur Rückstellung für Pensionen beläuft sich auf 22 Tsd. EUR.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahme gebildet. Aus den durch das BilMoG geänderten Bewertungsvorschriften für langfristige Rückstellungen resultiert eine Überdeckung von 0,3 Tsd. EUR aus der Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen auf Grund des Wahlrechts des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB zum 31. Dezember 2016.

Sämtliche Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt worden.

ENTWICKLUNG DES AKTIVPOSTENS A IM GESCHÄFTSJAHR 2016

	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. EUR	Zugänge Tsd. EUR	Umbuchungen Tsd. EUR	Abgänge Tsd. EUR	Zuschreibungen Tsd. EUR	Abschreibungen Tsd. EUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR
A. Kapitalanlagen							
Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	20.168	3.521	-	-	-	-	23.689
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.430	-	-	-	-	-	2.430
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	500	2.500	-	500	-	-	2.500
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	3.500	-	-	2.000	-	-	1.500
4. Einlagen bei Kreditinstituten	16.100	150	-	-	-	-	16.250
5. Summe A	42.698	6.171	-	2.500	-	-	46.369

Angabe von Zeitwert und Bewertungsreserven der Kapitalanlagen

	Zeitwerte Geschäftsjahr Tsd. EUR	Stille Reserven Geschäftsjahr Tsd. EUR	Stille Lasten Geschäftsjahr Tsd. EUR	Zeitwerte Vorjahr Tsd. EUR	Stille Reserven Vorjahr Tsd. EUR	Stille Lasten Vorjahr Tsd. EUR
A. Kapitalanlagen						
Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	25.916	2.248	21	22.235	2.092	25
(davon Anlagevermögen)	25.916	2.248	21	22.235	2.092	25
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.662	232	-	2.734	304	-
(davon Anlagevermögen)	1.045	59	-	1.046	60	-
3. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	2.531	31	-	505	5	-
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.557	57	-	3.611	111	-
4. Einlagen bei Kreditinstituten	16.384	134	-	16.636	536	-
5. Summe A	49.050	2.702	21	45.721	3.048	25

ERLÄUTERUNGEN ZUR JAHRESBILANZ

/ Aktiva

ANGABE ZU DEN ANTEILEN AN SONDERVERMÖGEN ISD. § 285 NR. 26 HGB

<i>Art des Fonds</i>	<i>Gemischter Fonds 2016 EUR</i>	<i>Gemischter Fonds 2015 EUR</i>
<i>Buchwert 31.12.</i>	13.907.365	13.553.571
<i>Marktwert 31.12.</i>	15.875.525	15.474.891
<i>Bewertungsreserve 31.12.</i>	1.968.160	1.921.320
<i>Ausschüttung GJ</i>	353.903	387.020
<i>Tägliche Rückgabe möglich</i>	Ja	Ja
<i>Unterlassene Abschreibung</i>	Nein	Nein

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

	<i>2016 EUR</i>	<i>2015 EUR</i>
I. SACHANLAGEN UND VORRÄTE		
<i>Betriebs- und Geschäftsausstattung</i>		
<i>Anfangsbestand</i>	1.324	1.600
<i>+ Zugänge/Umbuchungen</i>	480	400
<i>- Abgänge/Umbuchungen</i>	-	-
<i>- Abschreibungen</i>	672	676
<i>Endbestand</i>	<u>1.132</u>	<u>1.324</u>
II. LAUFENDE GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS UND KASSENBESTAND		
<i>Laufende Guthaben bei Kreditinstituten</i>	<u>460.804</u>	<u>1.621.921</u>

AKTIVE LATENTE STEUERN

Die latenten Steuern beruhen auf Abweichungen von Handelsbilanz und Steuerbilanz bei den Posten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sowie andere Rückstellungen. Die Bewertung erfolgte mit einem Steuersatz von 30,9 %.

Der aktivierte Betrag in Höhe von 1.607.821,90 EUR unterliegt einer Ausschüttungssperre im Rahmen der Gewinnausschüttung an den Gesellschafter.

/ Passiva

EIGENKAPITAL

I. Eingefordertes Kapital

Gezeichnetes Kapital

Zum 31. Dezember 2016 beträgt das Gezeichnete Kapital 3.500.000 EUR und ist in 400 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt, der rechnerische Wert je Aktie beträgt 8.750,00 EUR.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, als Alleinaktionär, hat gemäß § 20 AktG am 16. Dezember 1996 mitgeteilt, dass er 100 % der Aktien besitzt.

II. Kapitalrücklage

Der Bilanzwert zum 31. Dezember 2016 hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; er beträgt 430.492,34 EUR.

Von dem Bilanzbetrag entfallen 225.975,59 EUR auf die Rücklage gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 5 VAG (Organisationsfonds), die restliche Rücklage betrifft das Agio bei Ausgabe der Aktien.

III. Gewinnrücklagen

1. Gesetzliche Rücklage

Die gesetzliche Rücklage wird im Geschäftsjahr unverändert in Höhe von 145.483,25 EUR ausgewiesen.

2. Andere Gewinnrücklagen

Durch den Beschluss der Hauptversammlung im Geschäftsjahr 2016 wurden aus dem Bilanzgewinn 2015 zusätzlich 200.000 EUR in die andere Gewinnrücklagen eingestellt. Weiterhin wurden im Berichtsjahr aus dem Jahresüberschuss 200.000 EUR in andere Gewinnrücklagen eingestellt, die somit insgesamt 6.432.909,24 EUR betragen.

IV. Bilanzgewinn

Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von 397.545 EUR sowie der Einstellung in Gewinnrücklagen in Höhe von 200.000 EUR beträgt der Bilanzgewinn 600.645 EUR.

**VERSICHERUNGSTECHNISCHE BRUTORÜCKSTELLUNGEN
SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT**

	2016 EUR	2015 EUR
INSGESAMT	46.771.607	44.890.454
<i>davon</i>		
II. BRUTORÜCKSTELLUNGEN FÜR NOCH NICHT ABGEWICKELTE VERSICHERUNGSFÄLLE	37.930.541	36.219.062
III. SCHWANKUNGSRÜCKSTELLUNG UND ÄHNLICHE RÜCKSTELLUNGEN	4.066.972	4.223.054

ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

	2016 EUR	2015 EUR
III. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN		
<i>Prüfungs- und Steuerberatungskosten</i>	72.500	45.700
<i>Verwaltungskosten</i>	18.000	24.500
<i>Sonstige</i>	<u>2.600</u>	<u>3.000</u>
	<u>93.100</u>	<u>73.200</u>

ANDERE VERBINDLICHKEITEN

	2016 EUR	2015 EUR
II. SONSTIGE VERBINDLICHKEITEN		
<i>Steuerverbindlichkeiten</i>	211.200	192.333
<i>Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Abrechnungsverkehr</i>	89.530	3.775
<i>Sonstiges</i>	<u>22.288</u>	<u>32.930</u>
	<u>323.018</u>	<u>229.038</u>

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

/ Für die Zeit vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016

VERSICHERUNGSTECHNISCHE RECHNUNG SELBST ABGESCHLOSSENES VERSICHERUNGSGESCHÄFT

	2016 EUR	2015 EUR
a) gebuchte Bruttobeiträge	20.120.142	19.008.039
b) verdiente Bruttobeiträge	19.794.686	18.709.383
c) verdiente Nettobeiträge	13.833.695	13.058.003
d) Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	17.144.570	14.292.483
e) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	3.024.351	2.792.113
f) Rückversicherungssaldo	75.764	-473.810
g) Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.	-127.599	-76.618

	2016 Stück	2015 Stück
Anzahl der Verträge	169.531	169.307

Die Abwicklung der Vorjahresschäden, einschließlich der Spätschäden, ergab im Geschäftsjahr einen Netto-Abwicklungsgewinn in Höhe von 1,8 Mio. EUR.

Die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb untergliedern sich wie folgt:

	2016 EUR	2015 EUR
1. Abschluss von Versicherungsverträgen	1.714.972	1.575.449
2. Verwaltung von Versicherungsverträgen	1.309.379	1.216.664
	<u>3.024.351</u>	<u>2.792.113</u>

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

	2016 EUR	2015 EUR
1. Laufende Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	15.716	349.207
2. Latente Steueraufwände /-erträge	<u>153.728</u>	<u>-280.123</u>
	<u>169.444</u>	<u>69.084</u>

Der Ertragsteueraufwand belastet ausschließlich das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

JAHRESÜBERSCHUSS UND GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

	<i>EUR</i>
<i>Jahresüberschuss</i>	403.100
<i>Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</i>	397.545
<i>Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	200.000
<i>Bilanzgewinn</i>	600.645
<i>Vorstand und Aufsichtsrat schlagen der Hauptversammlung folgende Gewinnverwendung vor:</i>	
<i>Zusätzliche Einstellung in Gewinnrücklagen</i>	250.000
<i>Gewinnvortrag</i>	350.645

/ Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2016 waren keine eigenen Mitarbeiter beschäftigt. Die BGV-Versicherung AG stellt das für den Geschäftsbetrieb notwendige Personal sowie Sachmittel nach Maßgabe eines Vertrages über Zusammenarbeit sowie eines Funktionsausgliederungsvertrages zur Verfügung. Sämtliche Kosten wurden gegen Kostenerstattung nach dem Vollkostenprinzip verrechnet. Geschäfte mit nahestehenden Personen erfolgten zu marktüblichen Konditionen.

Der Badische Gemeinde-Versicherungs-Verband, Karlsruhe, erstellt als Alleinaktionär unter Einbeziehung der Badischen Rechtsschutzversicherung AG einen Konzernabschluss, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Das zuständige Registergericht für die Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft ist das Amtsgericht Mannheim. Die BRV ist mit Nummer HRB 107622 ins Handelsregister B des Amtsgerichts Mannheim eingetragen.

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen 21.020 EUR (i. V. 20.660 EUR).

Von einer Angabe der Vorstandsbezüge gemäß § 285 Nr. 9a HGB sowie des Musters 2 RechVersV (Personalaufwendungen) wurde in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 286 Abs. 4 HGB abgesehen. Ferner wurde auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers in Anwendung der Ausnahmeregelung gemäß § 285 Nr. 17 HGB verzichtet.

Bis zur Erstellung des Lageberichts gab es keine besonderen Ereignisse und bis zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Geschäftsberichtes sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand unserer Gesellschaft gefährden.

Karlsruhe, den 1. März 2017

Badische Rechtsschutzversicherung AG

Der Vorstand

Fahrner

Kollöffel

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Badische Rechtsschutzversicherung Aktiengesellschaft, Karlsruhe, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 18. April 2017

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Hasenburg
Wirtschaftsprüfer

Horst
Wirtschaftsprüferin

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2016 die Geschäftsführung überwacht und war in alle Angelegenheiten mit grundlegender Bedeutung für die Gesellschaft unmittelbar eingebunden; sämtliche nach dem Gesetz und den Vorgaben der Satzung zustimmungspflichtigen Maßnahmen wurden dem Aufsichtsrat zur Entscheidung vorgelegt.

In insgesamt zwei Sitzungen sowie über die schriftlich erfolgende Quartalsberichterstattung wurde der Aufsichtsrat vom Vorstand regelmäßig und umfassend über die Lage der Gesellschaft und die wesentlichen Geschäftsvorfälle unterrichtet. Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung in den einzelnen Segmenten wurde ausführlich behandelt. Gleichmaßen intensiv hat sich der Aufsichtsrat unter dem Themenkomplex des Risikomanagements über die aktuelle Risikosituation informiert, sowohl in den einzelnen Sitzungen als auch über die jeweiligen Berichterstattungen in den Risikoberichten und -informationen. Ferner ließ er sich vom Vorstand über alle relevanten Gesichtspunkte der strategischen Ausrichtung und Planung berichten.

Auch die derzeitige Kapitalanlagestrategie sowie das entsprechende Anlageportfolio der BRV wurden eingehend besprochen, um die Entwicklungen am Kapitalmarkt und die dadurch zu erwartenden Folgen auf das Kapitalanlageergebnis bewerten zu können.

In 2016 fand eine externe Klausurtagung aller Aufsichtsgremien der Unternehmensgruppe statt. Dort wurde die Konzern-Entwicklung der letzten 10 Jahre beleuchtet, die aktuelle Unternehmenssituation dargestellt und ein Ausblick auf geplante Themen gegeben. Zudem erhielten die Gremienmitglieder zur Sicherstellung der fachlichen Eignung eine Schulung zum Thema „Das Aufsichtsorgan von Versicherungsunternehmen und Solvency II“. Darüber hinaus wurde das Rating-Ergebnis der BGV AG vorgestellt.

Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss 2016 und der Lagebericht 2016 sind unter Einbeziehung der Buchführung der Gesellschaft von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Abschlussprüfer hat an der Sitzung des Aufsichtsrates teilgenommen und über das Ergebnis seiner Prüfung berichtet. Der Bericht des Abschlussprüfers lag dem Aufsichtsrat vor; er enthielt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Aufsichtsrat hat auch seinerseits den Jahresabschluss, den Lagebericht des Vorstandes und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer tritt der Aufsichtsrat bei.

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss. Dieser ist damit festgestellt.

Der nach § 312 des Aktiengesetzes zu erstellende Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen ist vom Aufsichtsrat und vom Abschlussprüfer geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers hat folgenden Wortlaut:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind und
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat hat nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung gegen den Bericht des Vorstandes nach § 312 des Aktiengesetzes und den Bericht des Abschlussprüfers hierzu, insbesondere aber zu der Erklärung des Vorstandes am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, keine Einwendungen zu erheben.

Karlsruhe, den 23. Mai 2017

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates

Bäuerle
Landrat des Landkreises Rastatt

